

**ILLUSTRIERENDE PRÜFUNGSAUFGABEN
FÜR DIE SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG**

Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge

Die Illustrierenden Prüfungsaufgaben (Teil 1: Beispielaufgaben, Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge) dienen der einmaligen exemplarischen Veranschaulichung von Struktur, Anspruch und Niveau der Abiturprüfung auf grundlegendem bzw. erhöhtem Anforderungsniveau im neunjährigen Gymnasium in Bayern.

Politik und Gesellschaft
grundlegendes Anforderungsniveau

Erläuterungen und Lösungsvorschläge

Hinweise zur Bewertung

Die Lösungsvorschläge lassen sachlichen Gehalt, Art und Niveau der Beantwortung erkennen, ohne den Anspruch zu erheben, die einzig mögliche Lösung zu sein, sodass auch unterrichtliche Schwerpunktsetzungen bei der Bewertung berücksichtigt werden können.

Die mit „u. a.“ oder „v. a.“ eingeleiteten Antwortvorschläge müssen in der Schülerantwort zum Erreichen der maximalen Zahl an Bewertungseinheiten vollumfänglich vorhanden sein oder ggf. auch darüber hinausgehen. Demgegenüber muss die Schülerantwort bei folgenden Einleitungen den Lösungsvorschlägen nicht immer genau in allen skizzierten Aspekten entsprechen: „z. B.“, „ggf.“, „etwa“. Zur Orientierung der korrigierenden Lehrkraft handelt es sich hierbei um eine zwar relevante, aber auch als exemplarisch zu verstehende Auswahl der zu erwartenden Schülerantworten mit einem größeren Ermessensspielraum für die bewertende Lehrkraft.

Neben den inhaltlichen Aspekten (z. B. fachspezifisches Wissen, angemessene Begrifflichkeit, Methodenkompetenz) sind auch

- die Qualität der Darstellung
- ggf. die Adressatenorientierung sowie
- die situative Einbettung

der Aufgabe angemessen zu berücksichtigen.

Folgende Kriterien definieren die inhaltliche, argumentative und sprachliche Qualität der Schülerantwort und müssen bei der Bewertung Berücksichtigung finden:

- präzise Themaerschließung;
- sinnvoller Aufbau und schlüssige Argumentation;
- angemessener Grad der Reflexion;
- angemessene Fachterminologie;
- sprachliche Gewandtheit und Korrektheit;
- ggf. angemessene Berücksichtigung des beigefügten Materials.

Die angegebenen Bewertungseinheiten für die Aufgaben sind verbindlich.

Wenn sich Fragen auf das beigefügte Material beziehen, enthalten die Lösungsvorschläge zur Vereinfachung des Verfahrens die wesentlichen Inhalte in der Regel ohne Fundstellen.

Die Schülerinnen und Schüler zitieren in ihrer Antwort selbstverständlich den Regeln entsprechend.

FRIEDEN UND SICHERHEIT ALS MOTIVE DEUTSCHER AUßENPOLITIK UND DAS EUROPÄISCHE PROJEKT

Prüfungsteil A**Aufgabe 1****Stellen Sie wesentliche Einflussfaktoren auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Überblick dar!**

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- untersuchen (z. B. ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext) an einem aktuellen Beispiel Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, **um wesentliche Motive und Einflussfaktoren zu begreifen** und deren Beitrag zu Frieden und Sicherheit ggf. in Form eines Leserbriefs oder Forumsbeitrags zu beurteilen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. historische Verantwortung, geostrategische Lage, Einbindung in internationale Organisationen, Wertvorstellungen des Grundgesetzes, wirtschaftliche Interessen, öffentliche Meinung

Die Aufgabe erfordert mit dem Operator „darstellen“ die Anforderungsebene I (Reproduktion). Durch die Formulierung „im Überblick“ wird verdeutlicht, dass die Einflussfaktoren nur grundsätzlich, aber nicht detailliert dargestellt werden müssen. Die sichere Verwendung der Fachbegriffe ist unverzichtbar.

Darstellung wesentlicher Einflussfaktoren auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, z. B.:

- Vorgaben und Wertvorstellungen des Grundgesetzes (z. B. Grundlage der Menschenrechte für staatliches Handeln oder Mitwirkung bei der Entwicklung der Europäischen Union);
- sicherheitspolitische Erwägungen;
- Verpflichtungen aus internationalen Bündnissen und Einordnung in ein System kollektiver Sicherheit, etwa UNO, NATO und EU;
- wirtschaftliche Beziehungen und weltwirtschaftliche Entwicklungen;
- historisch beeinflusste Grundsätze, wie besondere Bindung zum Staat Israel, enge transatlantische Zusammenarbeit, Ausübung einer wertebasierten Außenpolitik und Vorrang der Diplomatie;
- geographische Gegebenheiten;
- ökonomische Bedingtheiten, etwa Fokus auf stabile Außenhandelsbeziehungen aufgrund geringer Rohstoffvorkommen;
- Kosten außenpolitischen Engagements;
- öffentliche Meinung.

Aufgabe 2.1

Ermitteln Sie die grundlegenden Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik aus der Rede der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats in Mali im Jahr 2022 (M 1)!

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- untersuchen (z. B. ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext) an einem aktuellen Beispiel Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, um wesentliche Motive und Einflussfaktoren zu begreifen und deren Beitrag zu Frieden und Sicherheit ggf. in Form eines Leserbriefs oder Forumsbeitrags zu beurteilen.
- **setzen sich mit einem aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr als Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt auseinander** (z. B. Befragung einer Zeitzeugin bzw. eines Zeitzeugen oder einer Expertin bzw. eines Experten) und verschaffen sich einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, um die besondere Bedeutung der demokratischen Legitimation der Bundeswehr als sogenannte Parlamentsarmee wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. Diplomatie, Bündnisse, Sanktionen
- Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. historische Verantwortung, geostrategische Lage, Einbindung in internationale Organisationen, Wertvorstellungen des Grundgesetzes, wirtschaftliche Interessen, öffentliche Meinung

Der Operator „ermitteln“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), die sich hier in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zeigt. Die Fragestellung fokussiert die grundlegenden Zielsetzungen deutscher Außenpolitik, die die Lernenden abstrahiert vom Wortlaut des Textes wiedergeben. Die Aufgabe findet sich sowohl im grundlegenden als auch im erhöhten Anforderungsniveau wieder und veranschaulicht somit exemplarisch, dass das erhöhte Anforderungsniveau aus dem grundlegenden erwächst und deshalb eine Eignung von Materialien für beide Anforderungsniveaus durchaus denkbar ist. Trotz des mittlerweile beschlossenen Abzugs der Bundeswehr aus Mali im Jahr 2024 zeigt diese Aufgabe wesentliche Zielsetzungen deutscher Außenpolitik, für die insbesondere Bundesaußenministerin Baerbock nach wie vor eintritt. Darüber hinaus knüpft dieses Aufgabenformat an die Tradition des G8-Abiturs an.

Ermitteln der grundlegenden Zielsetzungen deutscher Außenpolitik aus der Rede M 1 von Außenministerin Baerbock, z. B.:

- Engagement im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali im Sinne der Einbettung in Systeme kollektiver Sicherheit und Verpflichtung aus internationalen Bündnissen;
- Schutz der Zivilbevölkerung und Ermöglichen einer positiven Entwicklungsperspektive für die malische Bevölkerung als Beispiel für weltweiten Einsatz für Sicherheit, Menschenrechte und Demokratie;
- Stabilisierung und Sicherheit für Mali sowie die Nachbarländer und mittelbar auch für Europa, etwa durch Bekämpfung von Terrorismus, Organisierter Kriminalität und Fluchtursachen;
- interdisziplinärer Ansatz aus Diplomatie, medizinischer Hilfe, Militär und Zivilgesellschaft als Beispiel für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit;

- Gewährleistung der politischen Arbeit vor Ort durch militärischen Schutz.

Aufgabe 2.2

Begründen Sie ausgehend von M 1, dass in der bundesdeutschen Außenpolitik ein umfassender Sicherheitsbegriffs umgesetzt werden sollte!

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- gewinnen anhand konkreter Beispiele einen Überblick über zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert sowie deren Wechselwirkungen, **um die zentrale Bedeutung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs für die internationale Konfliktbearbeitung nachzuvollziehen.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- umfassender Sicherheitsbegriff, z. B. Diplomatie, ressortgemeinsamer Ansatz, vernetzte Sicherheit als Zusammenarbeit vieler Politikbereiche, zivile und militärische Maßnahmen, multilaterale Zusammenarbeit

Mit dem Operator „begründen“ wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern eine ausgehend von Zitat und Text argumentativ schlüssige Entwicklung komplexer Grundgedanken verlangt. Die Formulierung „ausgehend von“ verweist darauf, dass der vorliegende Text aus Aufgabe 2.1 den Ausgangspunkt der anzustellenden Überlegungen bildet. Sie müssen aber in den in der Aufgabenstellung angelegten Kontext integriert werden. Gleichzeitig wird dabei erwartet, dass die Ausführungen der Lernenden über diese Aspekte hinausweisen und weitere selbstständig angeführte Gesichtspunkte berücksichtigen. Zusätzlich spielt die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) durch die Einbindung ausgewählter Informationen aus dem Text, die für die Begründung nutzbar gemacht werden können, indirekt eine Rolle. Ebenso wird eine (vorangestellte) Erläuterung des umfassenden Sicherheitsbegriffs gefordert.

Definition des umfassenden Sicherheitsbegriffs, z. B.:

- Erweiterung des Bedrohungsspektrums;
- Sicherheits- und Friedenspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder;
- gleichberechtigte Berücksichtigung ziviler und militärischer Instrumente des Krisenmanagements zur Gewährleistung der Sicherheit und mehrdimensionaler Ansatz mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Faktoren (siehe Zitat);
- Umsetzung im Rahmen einer vernetzten, multilateralen Kooperation;
- Einbezug der Entwicklungszusammenarbeit.

Begründen der Umsetzung des umfassenden Sicherheitsbegriffs in der bundesdeutschen Außenpolitik ausgehend von M 1, z. B.:

- aufgrund zahlreicher globaler Herausforderungen, wie Klimawandel, Terrorismus, Migration etc., begrenzte Wirksamkeit eines traditionellen, rein militärischen Sicherheitsbegriffs (vgl. M 1);
- Gewährleistung von Sicherheit nur durch Kooperation mit anderen Staaten und Verbündeten sowie Zusammenarbeit in internationalen Organisationen (vgl. M 1);

- präventiver Sicherheitsansatz der Bundeswehr als Garant sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen zur Absicherung der Maßnahmen anderer Akteure, z. B. von NGOs oder im Rahmen des UN-Mandats;
- mittel- und langfristige Gewährleistung von Sicherheit, etwa durch partnerschaftliche Beziehungen durch multinationale Kooperationen, auch im Bereich von Justiz und Polizei;
- Postulat der wertorientierten Außenpolitik als konzeptioneller Hintergrund der Umsetzung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen die grundsätzliche Notwendigkeit der Umsetzung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs in der bundesdeutschen Außenpolitik, die in der politischen Praxis unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Aufgabe 3.1

Analysieren und interpretieren Sie die Infografik M 2!

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **setzen sich mit einem aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr als Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt auseinander** (z. B. Befragung einer Zeitzeugin bzw. eines Zeitzeugen oder einer Expertin bzw. eines Experten) und verschaffen sich einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, um die besondere Bedeutung der demokratischen Legitimation der Bundeswehr als sogenannte Parlamentsarmee wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- demokratische Legitimation, Rolle und Entwicklungen der Bundeswehr
- rechtliche Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, z. B. Grundgesetz, Out-of-Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1994

LB 12.2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten

Die Schülerinnen und Schüler...

- beurteilen unter Zuhilfenahme von aktuellen Beispielen Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und wägen dabei ab, inwieweit sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **EU als Akteur der internationalen Politik**, z. B. Hoher Vertreter bzw. Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, **GSVP, Diskussion um eine europäische Armee**

Die Aufgabenstellung fordert die Analyse und Interpretation der Infografik, die auf Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zu verorten sind. Damit werden grundlegende Kompetenzen des Fachs Politik und Gesellschaft abgeprüft. Inhaltliche oder grafische Aspekte können hierbei unterschiedlich gewichtet werden. Die Analyse und Interpretation liefert Hilfestellungen für die sich anschließende Beurteilungsaufgabe 3.2.

Analyse und Interpretation der Infografik M 2, z. B.:

- Darstellung der aktuell laufenden Bundeswehreinsätze weltweit unter Angabe des Auftrags, der Einsatzzahlen, der Mandatsobergrenzen und des Beginns der Mission;
- Einbindung der Bundeswehr in verschiedene internationale Organisationen und insgesamt zehn unterschiedliche Missionen, z. B. KFOR der NATO im Kosovo, MINUSMA der UNO in Mali oder EUFOR Althea der EU in Bosnien-Herzegowina;
- Einsätze vor allem außerhalb des NATO-Bündnis- bzw. EU-Gebiets, vorrangig in Südosteuropa, der arabischen Halbinsel und Afrika;
- Einsatz von weltweit knapp 2000 deutschen Soldatinnen und Soldaten mit Schwerpunkt in Mali (ca. 65 %);
- erheblicher Unterschied bei den Mandatsobergrenzen bzw. konkreten Einsatzzahlen als Hinweis auf die Gewichtung der Einsätze;
- Diskrepanz (ca. 50 %) zwischen den Mandatsobergrenzen und den tatsächlich stationierten Soldatinnen und Soldaten;
- mitunter lange Dauer der Einsätze als Hinweis auf die Komplexität mancher Missionen (vgl. KFOR seit 1999);
- keine primär aktiv militärisch-kriegerischen Einsätze, sondern Missionen zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit, zur Verhinderung von Gewalt sowie zu Ausbildungszwecken.

Aufgabe 3.2

Verfassen Sie als Antwort einen Forumsbeitrag, in dem Sie ausgehend von M 2 beurteilen, inwiefern sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann!

LB 12.2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten

Die Schülerinnen und Schüler...

- beurteilen unter Zuhilfenahme von aktuellen Beispielen Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und wägen dabei ab, inwieweit sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **EU als Akteur der internationalen Politik**, z. B. Hoher Vertreter bzw. Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, **GSVP, Diskussion um eine europäische Armee**

Die Aufgabe erfordert mit dem Operator „beurteilen“ die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Die Formulierung „ausgehend von“ verweist darauf, dass die Ergebnisse der Analyse des Schaubilds aus Aufgabe 3.1 den Ausgangspunkt der anzustellenden Überlegungen bilden. Sie müssen aber in den in der Aufgabenstellung angelegten Kontext integriert werden. Gleichzeitig wird dabei erwartet, dass die Ausführungen der Lernenden über diese Aspekte hinausweisen und weitere selbstständig angeführte Gesichtspunkte berücksichtigen. Die Beurteilung selbst soll in einen Forumsbeitrag eingebettet werden. Die Aufgabe nimmt damit direkt Bezug auf die Forderung des LehrplanPLUS, „[...] ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext [...] in Form eines [...] Forumsbeitrags [...]“ einen Sachverhalt zu beurteilen. Die

Kommunikation im Internet und insbesondere in den Sozialen Medien, die nicht selten auch tendenziell unsachlich oder sogar polemisch sein kann, ist für die meisten Schülerinnen und Schüler Bestandteil des Alltags. Der vorliegende Kommentar bezieht sachlich, aber zugespitzt Position. Die Antwort der Lernenden sollte wie im Unterricht eingeübt unbedingt auf problematische Formulierungen verzichten und eine sachliche Wortwahl nutzen. Durch den Einbezug der Beurteilung in einen Forumsbeitrag wird außerdem ein Bezug zur Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler hergestellt, ohne explizit fachspezifische Anforderungen des Faches Deutsch (z. B. Kommentar, Rede) zu fordern. Dennoch sollen der Adressatenbezug und der Anlass stilistisch aufgegriffen werden.

Beurteilung einer möglichen Positionierung der EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik ausgehend von M 2:

Aspekte, die für eine derartige Positionierung sprechen, z. B.:

- Selbstverständnis der EU als Wertegemeinschaft verknüpft mit weltweitem Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Frieden (vgl. M 2);
- bedeutende Rolle von EU-Mitgliedsstaaten in internationalen Organisationen, z. B. UNO (vgl. M 2);
- vorhandener internationaler Einfluss der EU, u. a. aufgrund der Bevölkerungszahl, der diplomatischen Vernetzung und der Wirtschaftskraft;
- Notwendigkeit einer eigenständigen und handlungsfähigen europäischen Sicherheitspolitik angesichts vielfältiger äußerer Bedrohungen;
- Möglichkeit einer integrierten europäischen Beschaffungs- und Rüstungspolitik mit einer zwischenstaatlichen Vernetzung militärischer Fähigkeiten bei stärkerer einzelstaatlicher Spezialisierung und der langfristigen Aufstellung gemeinsamer europäischer Streitkräfte;
- Anknüpfungspunkte zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, etwa Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik.

Aspekte, die gegen eine derartige Positionierung sprechen, z. B.:

- fehlende Einigkeit angesichts der mitunter heterogenen sicherheitspolitischen Interessenlage der EU-Staaten;
- mangelnde Bereitschaft einiger EU-Staaten zu einem weitergehenden Souveränitätsverzicht angesichts aktueller Nationalisierungstendenzen;
- finanzielle Belastungen durch notwendigen Ausbau des Militärs, auch angesichts der Ausrüstungsdefizite nationaler Armeen, und Frage nach der Bereitschaft der Kostenübernahme durch EU-Mitgliedsstaaten;
- Überforderung der EU durch nötige Reform des Institutionengefüges zur Sicherung einer effektiven, supranationalen Außenpolitik;
- große machtpolitische Unterschiede zwischen den EU-Staaten, z. B. Frankreich und Malta, und im Vergleich zu Mächten wie USA oder China;
- organisatorische Konkurrenz in der Sicherheitsarchitektur zwischen NATO und EU, z. B. drohende Spaltung der NATO durch neuen europäischen Schwerpunkt einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Schülerinnen und Schüler sollen in ihrer Darstellung über die Beurteilung hinaus auch stilistisch den Adressatenbezug und den Anlass widerspiegeln.

II

POLITISCHE SYSTEME UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Prüfungsteil A
Aufgabe 1

Stellen Sie wesentliche Formen der politischen Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene dar!

LB 12.3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- arbeiten aus einer Darstellung zu politischen Systemen der Welt (z. B. Freedom House Map oder Bertelsmann Transformationsindex) **wesentliche Kriterien als Grundlage einer vergleichenden Betrachtung politischer Systeme heraus**, um sich einen Überblick über Verbreitung und **Ausprägung von Demokratien** weltweit zu verschaffen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **wesentliche Kriterien zur Bestimmung politischer Systeme, u. a. Formen der Partizipation**, Ausprägungen der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats

Die Aufgabe bezieht sich mit dem Operator „darstellen“ auf die Anforderungsebene I (Reproduktion). Durch die Beschränkung des Auftrags auf die Darstellung „wesentliche[r]“ Partizipationsformen, wird im Zusammenspiel mit den maximal erreichbaren Bewertungseinheiten signalisiert, dass die Ausführungen kompakt gehalten werden können.

Darstellung der wesentlichen Formen der politischen Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene, z. B.:

- Wahlen und Abstimmungen (Art. 20 GG), Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts;
- Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes, freie Gründung (Art. 21 GG);
- Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), Mitarbeit und Unterstützung von Verbänden oder Bürgerinitiativen;
- Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG);
- Recht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG) und damit verbunden Presse- und Informationsfreiheit.

Aufgabe 2.1

Arbeiten Sie aus M 1 das Konzept sowie Chancen und Herausforderungen von Bürgerräten heraus!

LB 12.3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **beschäftigen sich mit einem Reformvorschlag für das politische System der Bundesrepublik Deutschland (z. B. im Bereich von Partizipation oder Repräsentation), um die Fähigkeit zur Weiterentwicklung der Demokratie und deren Bedeutung für die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu beurteilen.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- **wesentliche Kriterien zur Bestimmung politischer Systeme, u. a. Formen der Partizipation**, Ausprägungen der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats
- **Reformvorschlag für das politische System der Bundesrepublik Deutschland, z. B.** Plebiszite auf Bundesebene, e-voting, Wahlrecht ab 16 Jahren, Direktwahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten, **Bürgerräte**

Der Operator „herausarbeiten“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), die sich in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz zeigt. Die Fragestellung nimmt zentrale Aspekte des Materials in den Fokus, die die Schülerinnen und Schüler abstrahierend vom Wortlaut des Textes wiedergeben. Besonders relevante, schwer paraphrasierbare Aussagen des Textes können ggf. den Zitierregeln folgend als Zitat angeführt werden. Die Bearbeitung setzt bewusst kein spezifisches Wissen über Bürgerräte voraus, weil diese im LehrplanPLUS als eines von mehreren Beispielen für Reformvorschläge für das politische System der Bundesrepublik Deutschland erwähnt werden, sodass je nach aktuellen Umständen bzw. Lerngruppe unterschiedliche Beispiele im Unterricht behandelt werden können.

Herausarbeiten des Konzepts des Bürgerrats nach M 1:

- Beteiligte: Zufallsauswahl von Bürgerinnen und Bürgern, repräsentative Zusammensetzung nach bestimmten Kriterien (z. B. in Irland Alter, Geschlecht, soziale Schicht, Wohnort);
- Ziele: Einigung auf Empfehlungen für die zuständigen Gremien in einer repräsentativen Demokratie, Schaffen von Akzeptanz für strittige Entscheidungen durch die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger und die Versachlichung der Debatte;
- Mittel: regelmäßige Treffen, Entwicklung von Lösungsansätzen für zentrale und umstrittene politische Probleme, Einbeziehung der Expertise von Expertinnen und Experten und Betroffenen als Basis für intensive und neutral geleitete Diskussionen.

Herausarbeiten der Chancen von Bürgerräten in M 1:

- intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Diskurs;
- Verdeutlichung politischer Entscheidungswege und Ziele in einer Demokratie;
- Versachlichung von Debatten;
- Schaffen von gesellschaftlicher und medialer Aufmerksamkeit zur Beeinflussung des politischen Handelns und zum Herstellen von gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz;
- Stärkung der Demokratie durch direktdemokratisches Element.

Herausarbeiten der Herausforderungen von Bürgerräten in M 1:

- Erreichen der notwendigen inklusiven Repräsentativität;
- Notwendigkeit großen Engagements für die Teilnehmenden, etwa angesichts zahlreicher Termine;

- Gewährleistung transparenter Ziele und Verfahren;
- Sicherstellen der notwendigen gesellschaftlichen und medialen Aufmerksamkeit;
- Gefahr der Enttäuschung bei geringer politischer Effektivität, auch angesichts der Konkurrenz zu den gängigen Entscheidungswegen in einer repräsentativen Demokratie.

Aufgabe 2.2

Entwickeln Sie aus der Perspektive einer Teilnehmerin bzw. eines Teilnehmers eines Bürgerrats geeignete Maßnahmen, um antidemokratischen Tendenzen in Deutschland entgegenzuwirken!

LB 12.3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **setzen sich anhand eines aktuellen Beispiels kritisch mit antidemokratischen Tendenzen in Demokratien auseinander**, um die Bedeutung der demokratischen Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger für die Stabilität des politischen Systems zu erkennen und freiheitssichernde Mechanismen sowie demokratische Problemlösungsprozesse wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- antidemokratische Tendenzen, z. B. in Politik, Medien und Gesellschaft

Der Operator „entwickeln“ verdeutlicht, dass es sich um einen Arbeitsauftrag auf der Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) handelt. In diesem Fall schlagen die Schülerinnen und Schülern geeignete konkrete Maßnahmen vor, um antidemokratischen Tendenzen in Deutschland entgegenzuwirken. Der Operator macht zudem die Begründung der Maßnahmen erforderlich. Zwar haben sich die Schülerinnen und Schüler im Unterricht mit antidemokratischen Tendenzen, z. B. in Politik, Medien und Gesellschaft auseinandergesetzt, aber sie haben keine eigenen Lösungsvorschläge im Unterricht entwickelt, sodass die Anforderungsebene III gerechtfertigt ist. Der situative Rahmen der Aufgabenstellung ist angemessen zu berücksichtigen.

Entwicklung von geeigneten Maßnahmen gegen antidemokratische Tendenzen in Deutschland aus der Perspektive einer Teilnehmerin bzw. eines Teilnehmers, z. B.:

- Förderung der Politischen Bildung in Schule und Erwachsenenbildung;
- Stärkung der Partizipationsrechte von Bürgerinnen und Bürgern, z. B. durch Bürgerräte, Plebiszite auf Bundesebene, Wahlrecht ab 16 Jahren;
- Unterstützung von Projekten mit dem Ziel der gesellschaftlichen Reintegration von ausstiegswilligen Personen der extremistischen Szenen;
- Förderung präventiver, auch digitaler, Jugendsozialarbeit mit entsprechender Schwerpunktsetzung;
- Ausbau unabhängiger Registrierungs- und Beratungsstellen, z. B. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern);
- Unterstützung demokratieförderlichen, zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements;
- konsequente und zügige rechtsstaatliche Verfolgung von Straftaten mit antidemokratischem Hintergrund – auch im Internet;

- Stärkung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs unter den Bundesländern sowie mit europäischen bzw. internationalen Partnern beim Vorgehen gegen Verfassungsfeinde;
- individuelles Eintreten für demokratische Werte im alltäglichen Leben.

Die Schülerinnen und Schüler berücksichtigen den situativen Rahmen der Aufgabenstellung und begründen die Maßnahmenvorschläge.

Aufgabe 3.1

Ermitteln Sie aus M 2 die Funktionsweise des chinesischen Sozialkreditsystems!

LB 12.3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **untersuchen anhand der Dimensionen von Herrschaft aktuelle Beispiele politischer Systeme**, um sie begründet den Herrschaftsformen Demokratie und Diktatur zuzuordnen und ihre Einschätzung (z. B. in Form eines Redebeitrags) zu präsentieren.
- setzen sich an einem Beispiel mit dem Verhältnis von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität im Bereich der Menschenrechte auseinander, **um den Umgang mit Menschenrechten als zentrales Unterscheidungskriterium zwischen Diktatur und Demokratie zu erkennen** und für ihre Einhaltung einzutreten.
- **untersuchen** (z. B. ausgehend von einer Statistik) **den aktuellen Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung in Demokratie und Diktatur**, um z. B. im Rahmen einer Podiumsdiskussion Chancen und Gefahren für die Meinungs- und Informationsfreiheit zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung**, z. B. Aufzeigen von Missständen, Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit, politische Agitation, Manipulation
- Dimensionen des Herrschaftsbegriffs: Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, **Herrschaftsanspruch, Herrschaftsweise**, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur

Die Basis der Aufgabenstellung bildet eine Grafik zum chinesischen Sozialkreditsystems, dessen Funktionsweise zu ermitteln ist. Der Operator „ermitteln“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz. In die Auswertung der Grafik sind deren Bild- und Textelemente sowie der erläuternde Vortext in geeigneter Form einzubeziehen.

Ermitteln der Funktionsweise des chinesischen Sozialkreditsystems aus M 2:

- chinesische Regierung als Urheberin und Betreiberin des Sozialkreditsystems mit dem Ziel der Verhaltenskontrolle und -steuerung im Sinne eines diktatorischen Regimes;
- Datenbasis: privat gesammelte bzw. staatliche Daten unterschiedlichster Art;
- Art der Datenverarbeitung: intransparentes digitales System mit geheimen Berechnungsalgorithmen, Punktabzüge bei als durch die chinesische Regierung antisozial angesehenem bzw. regierungskritischem Verhalten, Punktgewinne bei prosozialem und regimetreuem Verhalten;
- Folgen des Punktestands in verschiedenen Lebensbereichen:

- positive und negative Sanktionierung in existenziellen Bereichen, wie dem Gesundheitssystem und der Daseinsvorsorge,
- Beitrag zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit,
- Nutzen der Informationen auch zur Denunziation der Betroffenen in ihrem sozialen Umfeld.

Aufgabe 3.2

Diskutieren Sie ausgehend von M 2 Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Meinungs- und Informationsfreiheit in Diktaturen!

LB 12.3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- setzen sich an einem Beispiel mit dem Verhältnis von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität im Bereich der Menschenrechte auseinander, **um den Umgang mit Menschenrechten als zentrales Unterscheidungskriterium zwischen Diktatur und Demokratie zu erkennen** und für ihre Einhaltung einzutreten.
- **untersuchen** (z. B. ausgehend von einer Statistik) **den aktuellen Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung in Demokratie und Diktatur**, um z. B. im Rahmen einer Podiumsdiskussion **Chancen und Gefahren für die Meinungs- und Informationsfreiheit zu diskutieren.**

Inhalte zu den Kompetenzen

- Menschenrechte als grundlegendes Unterscheidungsmerkmal von Demokratien und Diktaturen
- **Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung, z. B. Aufzeigen von Missständen, Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit, politische Agitation, Manipulation**

Der Operator „diskutieren“ verdeutlicht die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung), die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern verlangt, eine Argumentation zu entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt. Die Formulierung „ausgehend von“ verweist darauf, dass die Grafik M 2 den Ausgangspunkt der Diskussion bildet. Die Grafik M 2 deutet Gefahren der Digitalisierung für die Meinungs- und Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger in China nur indirekt an, sodass sie in den in der Aufgabenstellung angelegten Kontext integriert werden müssen. Die Ausführungen der Schülerinnen und Schüler sollen über diese Aspekte hinausreichen und weitere, selbstständig entwickelte Gesichtspunkte berücksichtigen und in ein abschließendes individuelles Urteil münden. Eine Anführung aller denkbaren Aspekte ist jedoch nicht notwendig. Entscheidend sind die argumentative Stringenz und die Überzeugungskraft.

Diskussion von Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Meinungs- und Informationsfreiheit in Diktaturen ausgehend von M 2:

Chancen der Digitalisierung, z. B.:

- Erleichterung des schnellen, effizienten und anonymen Sammelns und Verbreitens regimekritischer Informationen über digitale Plattformen;
- bedingte Möglichkeit zur unabhängigen Information und Meinungsbildung;

- Herstellung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit durch offene und dezentrale Struktur des Internets.

Gefahren der Digitalisierung, z. B.:

- Zensur regimekritischer Meinungen durch die Nutzung technischer Möglichkeiten bzw. die Einflussnahme auf Digitalkonzerne;
- Ermöglichung einer umfassenden Überwachung der Bevölkerung durch digitale Instrumente bzw. durch Big-Data- oder KI-Technologien;
- gezielte Desinformation auf digitalen Plattformen, z. B. durch Social Bots oder Deep Fakes.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem differenzierten Fazit, das berücksichtigt, dass das chinesische Sozialkreditsystem einen Verstoß gegen zentrale Menschenrechte darstellt.

III

MODERNISIERUNGSPROZESSE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF GESELLSCHAFT UND POLITIK

Prüfungsteil A

Aufgabe 1

Stellen Sie die wesentlichen zeitgenössischen Familienformen in Form eines Schaubilds dar!

LB 13.1: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

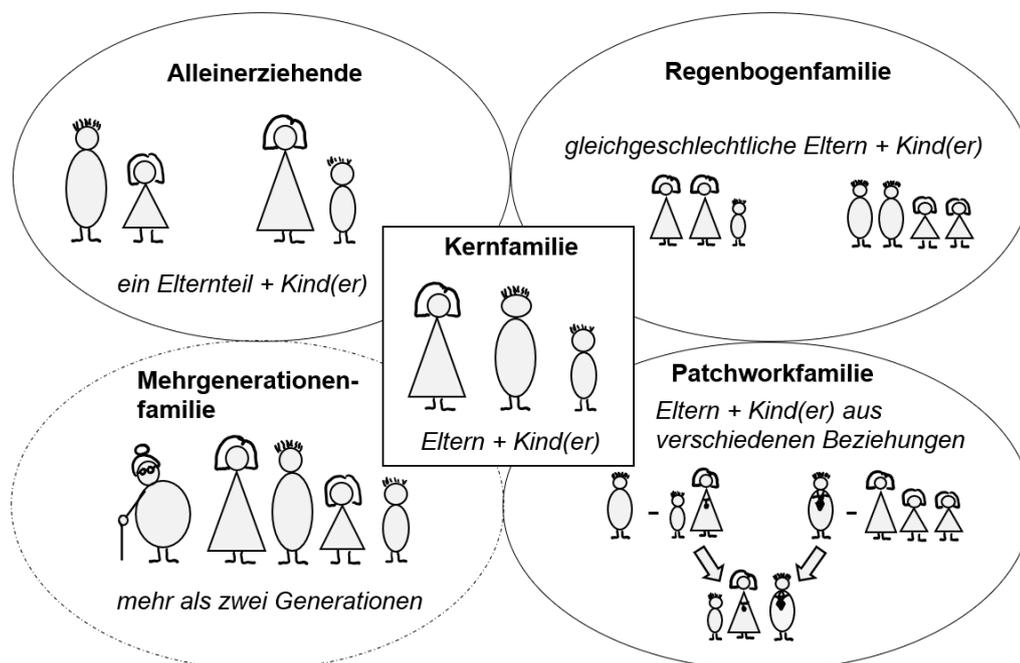
- vollziehen den Wandel des Familienbegriffs in den letzten Jahrzehnten nach **und gestalten ein Schaubild zu zeitgenössischen Familienformen**, um davon ausgehend die Wechselwirkung zwischen der Pluralität der Familienformen und dem Funktionswandel der Familie zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Familienformen in der modernen Gesellschaft, v. a. Kernfamilie, Alleinerziehende, Patchworkfamilie, Regenbogenfamilie

Die Aufgabe erfordert mit dem Operator „darstellen“ insbesondere die Anforderungsebene I (Reproduktion), vor allem weil im Lehrplan die Erstellung eines Schaubilds in genau diesem Zusammenhang verankert ist. Nur bedingt wird auch die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) verlangt, da die Schülerinnen und Schüler ihr Wissen bezüglich der zeitgenössischen Familienformen dergestalt organisieren sollen, dass sie sich geeignete Formen der Darstellung vergegenwärtigen, um die verschiedenen Familienzusammensetzungen, z. B. mittels Pfeilen, Symbolen, Anordnung oder Farben, graphisch eindeutig aufzuzeigen. Die Bewertung sollte unterschiedliche Formen der Darstellung zulassen. Gestalterische Fähigkeiten, die über das erwartbare Maß hinausgehen, werden nicht vorausgesetzt. Eine die einschlägigen Fachbegriffe beinhaltende Beschriftung ist ebenfalls notwendig. Die Formulierung „wesentlichen“ soll verdeutlichen, dass damit nur die im Lehrplan ausdrücklich genannten Inhalte obligatorisch sind, andere Familienformen hingegen nicht.

Darstellung der wesentlichen zeitgenössischen Familienformen in Form eines Schaubilds, z. B.:



Die Schülerinnen und Schüler stellen die Familienformen in einem Schaubild dar. Dabei berücksichtigen sie v. a. Kernfamilie, Alleinerziehende, Patchworkfamilie und Regenbogenfamilie, weitere Familienformen können ergänzend aufgegriffen werden, etwa Mehrgenerationenfamilie, Pflegefamilien, Wochenendfamilien, multilokal lebende Familie. Dabei müssen grafische Elemente angemessen Verwendung finden.

Aufgabe 2.1

Arbeiten Sie ausgehend von einer Erläuterung des Gender Time Gap die in dem Artikel M 1 von Tina Groll dargestellten Ursachen für die Ungleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt heraus!

LB 13.1: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- **analysieren Kontinuität und Veränderung von Geschlechterrollen** (z. B. anhand von Karikaturen, Werbefilmen oder Social-Media-Beiträgen), um deren Wirkung auf die eigene Geschlechtsidentität als Identifikationsangebot und als Begrenzung der eigenen Identität zu diskutieren.
- **identifizieren offene und verdeckte Hierarchien zwischen den Geschlechtern am Beispiel des Berufslebens**, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zum Abbau von Sexismus zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- familienpolitische Maßnahmen, z. B. Regelungen zu Elterngeld und Elternzeit, steuerrechtliche Vorteile für verheiratete Paare oder Familien, Ehestandsrecht
- Geschlechterrollen im Wandel: Hierarchien zwischen den Geschlechtern, Emanzipation

- Definition von Sexismus, Beispiele aus der Arbeitswelt und staatliche Gegenmaßnahmen, z. B. Quotenregelungen

Der Operator „herausarbeiten“ signalisiert die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer), die hier in der Auswertung des Textes im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz gegeben ist. Durch die Art der Fragestellung wird den Schülerinnen und Schülern der kognitive Zugang zum Material im Sinne des grundlegenden Anforderungsniveaus erleichtert. Denn ihnen wird mit dem Gender Time Gap ein zentraler Aspekt vorgegeben, dessen textbasierte Erläuterung sie dann folgerichtig zu den Ursachen für die Ungleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt hinführt, welche die Lernenden abstrahiert vom Wortlaut des Textes wiedergeben. Zentrale, schwer paraphrasierbare Aussagen des Textes können ggf. den Zitierregeln folgend als Zitat angeführt werden.

Erläuterung des Gender Time Gap:

Lücke zwischen den Geschlechtern hinsichtlich des Zeitaufwands für die Berufsausübung und in der Folge deutliche Ungleichheit in der Einkommensverteilung (Zeitaufwand für Beruf bei Frauen durchschnittlich 7,6 Stunden pro Woche weniger als bei Männern).

Erläuterung der in M 1 dargestellten Ursachen des Gender Time Gap:

- erheblich größerer Zeitaufwand (ca. 30 Stunden pro Woche) der Frauen für unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit;
- deutlich höherer Anteil an Teilzeitarbeit bei Frauen (ca. 50 Prozent gegenüber zwölf Prozent bei Männern);
- strukturelle Unvereinbarkeit von Familie und Beruf wegen fehlender oder kostenintensiver Betreuungsangebote;
- Reduzierung der Erwerbsarbeit zur Schließung von Care- und Betreuungslücken aufgrund
 - von durchschnittlich geringerem Einkommen von Frauen im Beruf (Gender Pay Gap),
 - einer häufigeren Entscheidung für geringer entlohnte Berufe bei Frauen,
 - der Festschreibung klassischer Rollenmuster bei der Partnerwahl (v. a. in heterosexuellen Partnerschaften).

Aufgabe 2.2

Entwickeln Sie ausgehend von Ihren Ergebnissen aus 2.1 zwei staatliche Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen des Gender Time Gap!

LB 13.1: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- analysieren Kontinuität und Veränderung von Geschlechterrollen (z. B. anhand von Karikaturen, Werbefilmen oder Social-Media-Beiträgen), um deren Wirkung auf die eigene Geschlechtsidentität als Identifikationsangebot und als Begrenzung der eigenen Identität zu diskutieren.
- identifizieren offene und verdeckte Hierarchien zwischen den Geschlechtern am Beispiel des Berufslebens, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zum Abbau von Sexismus zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen

- familienpolitische Maßnahmen, z. B. Regelungen zu Elterngeld und Elternzeit, steuerrechtliche Vorteile für verheiratete Paare oder Familien, Ehestandsrecht
- Geschlechterrollen im Wandel: Hierarchien zwischen den Geschlechtern, Emanzipation
- Definition von Sexismus, Beispiele aus der Arbeitswelt und staatliche Gegenmaßnahmen, z. B. Quotenregelungen

Mit dem Operator „entwickeln“ wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht; die Schülerinnen und Schüler setzen sich eigenständig mit ihren Erkenntnissen aus der ersten Teilaufgabe auseinander, indem sie exemplarisch am Phänomen des Gender Time Gap zwei mögliche Handlungsoptionen des Staates zum Abbau der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt mit je individueller Schwerpunktsetzung begründet darlegen. Die ausdrückliche Begrenzung auf zwei Maßnahmen ist dem grundlegenden Anforderungsniveau geschuldet; diese Fokussierung soll eine differenzierte Darstellung durch die Schülerinnen und Schüler befördern. Dies bedeutet z. B., dass sie zuvor die jeweilige Eignung einer Maßnahme reflektiert haben müssen. Die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) spielt durch die Einbindung ausgewählter Informationen aus dem Text, die für die Bearbeitung nutzbar gemacht werden können, indirekt eine Rolle.

Entwickeln von zwei staatlichen Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen des Gender Time Gap, z. B.:

- ökonomischer Anreiz für eine partnerschaftliche Aufteilung der Care-Arbeit durch Ermutigung von Frauen zur Wahl höher dotierter Berufe, etwa durch Initiativen wie den Girl's Day;
- Knüpfung staatlicher Fördermaßnahmen für Familien an gleichberechtigte Aufteilung der Erziehungsarbeit, z. B. durch Ausweitung der verpflichtenden Vätermonate in der Elternzeit;
- Ausbau sowie staatliche Subventionierung von Betreuungsangeboten als Chance für erweiterte Berufsausübung von Frauen zur Entlastung bei der Care-Arbeit;
- Stärkung von Initiativen zur Unterstützung familienfreundlicher Unternehmenskultur, etwa für frühere und umfangreichere Rückkehr in den Beruf;
- staatliche Förderung des Abbaus von Geschlechterstereotypen als Chance für eine gleichberechtigte Partnerschaft, etwa durch Berücksichtigung entsprechender Themenfelder in den Lehrplänen.

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln zwei staatliche Maßnahmen, die einen Beitrag zur Verringerung des Gender Time Gaps als Ursache der Geschlechterungleichheit leisten, und begründen deren Wirksamkeit.

Aufgabe 3

Verfassen Sie diesen Redebeitrag, in dem Sie ausgehend von einer Analyse der Karikatur M 2 und mit Hilfe der Informationen aus dem Text M 3 Chancen und Herausforderungen durch „Industrie 4.0“ beurteilen!

LB 13.1: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- diskutieren die durch die Digitalisierung der Arbeitswelt entstehenden Herausforderungen und Chancen für das Individuum und die Gesellschaft, um die Ergebnisse bei der eigenen beruflichen Orientierung zu berücksichtigen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Herausforderungen und Chancen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt, u. a. Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort, Vermischung von beruflichem und privatem Bereich, lebenslanges Lernen

Die Basis der Aufgabenstellung bildet die Analyse der Karikatur, welche die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz beinhaltet. Ausgehend von den hierbei gewonnen Erkenntnissen sowie unter Zuhilfenahme des die Karikatur flankierenden Informationstextes beurteilen die Schülerinnen und Schüler auf Grundlage ihrer Urteils- und Wertekompetenz Chancen und Herausforderungen der „Industrie 4.0“, wodurch die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) abgedeckt wird. Die situative Einbettung weist die Schülerinnen und Schüler auf die zugehörige Kompetenzerwartung und damit die berufliche Orientierung hin. Verlangt wird angesichts der Situierung die Verschriftlichung einer mündlichen Darstellungsform im Sinne eines Skripts für den Redebeitrag. Mit der Formulierung „Redebeitrag“ erfolgt gezielt eine deutliche Abgrenzung von der im Fach Deutsch verorteten stilistisch und sprachlich anspruchsvollen Schreibform Rede. Die stimmige Verwendung verschiedener Merkmale eines Redebeitrags soll bei der Bewertung entsprechend berücksichtigt werden. Das grundlegende Anforderungsniveau spiegelt sich v. a. in der Beigabe des Informationstextes wider, der zum einen als Hilfestellung bei der Analyse der Karikatur verstanden werden kann, zum anderen mögliche Beurteilungskriterien enthält.

Verfassen eines Redebeitrags mit Beurteilung von Chancen und Herausforderungen durch „Industrie 4.0“ ausgehend von einer Analyse der Karikatur M 2 und mit Hilfe der Informationen aus dem Text M 3:

Analyse der Karikatur M 2:

- im Vordergrund ein einzelner, frustriert wirkender Arbeiter bei der Erledigung sich immer wiederholender, einfacher Fertigungsschritte;
- Kontaktaufnahme eines Roboters über seinen Bildschirm mit dem Arbeiter durch die Anrede „Kollege“ und die Frage nach dessen Wochenende;
- automatisierte Fabrikanlage mit drei Fließbändern und einer größeren Anzahl von Industrierobotern, bestehend aus je einem überdimensionalen mechanischen Greifarm als Hinweis auf den Arbeitsalltag in der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts;
- Ironisierung des Bestrebens einer „humanen“ Gestaltung menschlicher Arbeitsplätze angesichts von Automatisierung und Digitalisierung durch „Industrie 4.0“ (Titel).

Beurteilung der Herausforderungen und Chancen mit Hilfe der Informationen aus dem Text M 3:

Herausforderungen durch die sogenannte „Industrie 4.0“, z. B.:

- Verdrängung menschlicher Arbeitskraft durch Roboter sowie KI und damit Wegfall von Arbeitsplätzen (vgl. M 2);
- Entfremdung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im industriellen Sektor bei gleichzeitiger sozialer Vereinsamung (vgl. M 2);
- zunehmende Abhängigkeit der Arbeitsprozesse von KI;
- Zwang zur ständigen Weiterbildung und Prozessoptimierung;

- Datenschutz im Hinblick auf Konsumentinnen und Konsumenten;
- technische Möglichkeiten zur Kontrolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- begrenzte Kontrollmöglichkeiten im Hinblick auf die auf Algorithmen basierenden Entscheidungen der KI;
- mentaler Stress durch die Auswertung immer größerer Datenmengen und der daraus folgenden beschleunigten Optimierung und Rationalisierung von Produktionsabläufen (vgl. M 3).

Chancen durch die sogenannte „Industrie 4.0“, z. B.:

- Entlastung von eher simplen, wenig kreativen Tätigkeiten zugunsten einer anspruchsvollen, als sinnvoll erlebten Beschäftigung, etwa hinsichtlich verstärkter Kundenorientierung (vgl. M 3);
- Innovation durch KI, z. B. im Bereich Kommunikation oder Logistik (vgl. M 3);
- Entstehung neuer, hoch qualifizierter Arbeitsplätze im Bereich der industriebasierten Dienstleistungen;
- Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch (Wieder-) Ansiedlung neuer Industrien aufgrund des Wegfalls des Standortvorteils bei der Produktion in Niedriglohnländern;
- ressourcenschonende und effiziente Produktionsmöglichkeiten (vgl. M 3);
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Möglichkeit zur standort- und zeitungebundenen Entwicklung und Wartung smarterer Produkte („Vernetzung“) (vgl. M 3).

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem abschließenden individuellen Urteil und berücksichtigen den situativen Rahmen in angemessener Art und Weise.

IV

INTERNATIONALE KONFLIKTBEARBEITUNG VOR DEM HINTERGRUND DES VÖLKERRECHTS

Prüfungsteil A

Aufgabe 1.1

Analysieren und interpretieren Sie die Infografik M 1 zum Hochseeabkommen zum Schutz der Meere!

LB 13.4: Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler ...

- **untersuchen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rolle von NGOs, IGOs und Wirtschaftsunternehmen in der internationalen Politik, um den Einfluss nicht-staatlicher transnationaler Akteure in Abgrenzung zu staatlichen Akteuren zu diskutieren.**

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **Dimensionen internationaler Konflikte**, z. B. territorial, wirtschaftlich, religiös, geopolitisch, ökologisch
- **staatliche, transnationale sowie supranationale Akteure der internationalen Politik** sowie ausgewählte Beispiele für IGOs, NGOs und Wirtschaftsunternehmen

Die Aufgabenstellung erfordert die Analyse und Interpretation des Schaubilds im Anforderungsbereich II (Reorganisation und Transfer), also ein systematisches Herausarbeiten dargestellter Sachverhalte aus dem Schaubild im Sinne der Sozialwissenschaftlichen Methodenkompetenz und die Erschließung von Sinnzusammenhängen sowie der Bedeutung grafischer Elemente (z. B. Farbgebung, Anordnung und Symbole). Die ökologische Dimension der internationalen Zusammenarbeit in der Aufgabenstellung ist in den Inhalten zum Lernbereich angelegt.

Analyse und Interpretation der Infografik M 1, z. B.:

- wellenförmiger Zeitstrahl von Beginn der Verhandlungen 2008 bis zum Abschluss 2023 zur Verdeutlichung des Auf und Ab der Verhandlungen, zusätzlich betont durch Infoboxen an den jeweiligen Wendepunkten des Zeitstrahls:
 - Beginn der Verhandlungen 2008 im Rahmen der UNO, aber Abbruch nach vier Konferenzen innerhalb von 14 Jahren,
 - Entschluss zu einer weiteren Konferenz,
 - Vertagung auch der fünften Konferenz,
 - Wiederaufnahme und Abschluss der fünften Konferenz als Endpunkt der Entwicklung im März 2023;
- Infobox mit der offiziellen Bezeichnung und Darstellung wesentlicher Inhalte des Abkommens zum Schutz von Natur und Menschen;

- Sonderrolle der UN als Vermittlerin sichtbar in hervorgehobener Figur im Zentrum, dem Logo sowie der Farbgebung;
- Darstellung wesentlicher staatlicher Akteure der Verhandlungen, z. B. USA und China, z. T. Vorsortierung in Verhandlungsgruppen, z. B. Globaler Norden, Globaler Süden und EU;
- Darstellung nichtstaatlicher Akteure aus dem Bereich Wirtschaft und Naturschutz, z. B. IPFMA als Lobbyverband der Pharmahersteller und WWF als NGO zum Schutz der Meere;
- Darstellung der Verbindung der Akteure untereinander in einem engen Geflecht aus Beziehungen zur Verdeutlichung der engen Verhandlungen zwischen den einzelnen Akteuren.

Aufgabe 1.2

Beurteilen Sie, inwiefern die Darstellung M 1 geeignet ist, den Einfluss der Akteure der internationalen Politik zu veranschaulichen!

LB 13.4: Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler ...

- **untersuchen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rolle von NGOs, IGOs und Wirtschaftsunternehmen in der internationalen Politik, um den Einfluss nicht-staatlicher transnationaler Akteure in Abgrenzung zu staatlichen Akteuren zu diskutieren.**

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **Dimensionen internationaler Konflikte**, z. B. territorial, wirtschaftlich, religiös, geopolitisch, ökologisch
- **staatliche, transnationale sowie supranationale Akteure der internationalen Politik sowie ausgewählte Beispiele für IGOs, NGOs und Wirtschaftsunternehmen**

Von den Ergebnissen der Aufgabe 1.1 ausgehend beurteilen die Schülerinnen und Schüler auf Grundlage ihrer Urteilskompetenz die Eignung des Schaubilds für die vorgegebene Situierung, wodurch die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) abgedeckt wird. Dabei sollen sowohl materialspezifische als auch inhaltliche Aspekte berücksichtigt werden. Aufgrund des grundlegenden Anforderungsniveaus werden die Analyse und die Beurteilung des Schaubilds in zwei separaten Teilaufgaben abgeprüft. Die Eignungsprüfung von Material ist eine bereits bekannte und eingeübte Aufgabenstellung in Abiturprüfungen, die durch den situativen Rahmen in besonderem Maße die Partizipationskompetenz prüft.

Beurteilung der Eignung der Infografik M 1 für die Veranschaulichung des Einflusses der Akteure der internationalen Politik:

Aspekte, die für eine Eignung sprechen, z. B.:

- Aufzeigen der begrifflichen Kategorisierungen für Akteure der internationalen Politik;
- Abbildung von Politik als erfolgreichem Prozess der Kompromissfindung einer Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure;
- Hervorhebung der zentralen Rolle der UNO durch grafische Darstellungselemente;

- Versuch der Darstellung der Differenzierung der Akteure durch die Größe der stilisierten Personen;
- hohes Maß an Anschaulichkeit und Verständlichkeit für Lernende als Publikum.

Aspekte, die gegen eine Eignung sprechen, z. B.:

- zu stark vereinfachende Darstellung komplexer Verhandlungsprozesse;
- zu geringe Differenzierung der Akteure durch verallgemeinernde Begriffe, etwa Globaler Norden, und Doppelungen in der Zuweisung, etwa „Globaler Norden“ und „EU“ oder „Staaten“ und „USA“;
- keine Angaben zu Verhandlungspositionen der Beteiligten bzw. keine Angabe zu den Gründen des Scheiterns der anfänglichen Verhandlungen;
- mangelnde Abbildung der Komplexität globaler Zusammenhänge durch z. B. bestehende Verträge über den Schutz der Meere und des unterschiedlichen Einflusses der Akteure bei den Verhandlungen, eingeschränkte Konsistenz der zeitlichen Abstände auf dem Zeitstrahl.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einem abschließenden Urteil, das den situativen Rahmen in angemessener Art und Weise berücksichtigt

Aufgabe 2.1

Beschreiben Sie zentrale Kennzeichen des Völkerrechts!

LB 13.4: Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler ...

- **erarbeiten wesentliche Kennzeichen des Völkerrechts** und begreifen dessen Einfluss auf internationale Beziehungen, um Chancen und Hemmnisse internationaler Kooperation zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **Kennzeichen des Völkerrechts: souveräne Staaten als Rechtssubjekte, Gewohnheitsrecht, sogenanntes Weiches Recht und Kodifizierung in internationalen Verträgen**, eingeschränkte Sanktionierbarkeit

Die Aufgabe erfordert mit dem Operator „beschreiben“ die Anforderungsebene I (Reproduktion) und entspricht einem der Inhalte zu den Kompetenzen des Lehrplans und der entsprechenden Kompetenzerwartung. Die sichere Verwendung der Fachsprache ist unverzichtbar.

Beschreibung zentraler Kennzeichen des Völkerrechts, z. B.:

- Sammelbegriff für Rechtsnormen zur Regelung des Verhältnisses der Staaten untereinander sowie der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten und internationalen Organisationen;
- sogenanntes Weiches Recht u. a. durch Bezug auf Gewohnheitsrecht und nur teilweise Kodifizierung in internationalen Verträgen;
- Grundsatz der territorialen Integrität bzw. des Gewaltverbots;
- eingeschränkte Sanktionierbarkeit.

Aufgabe 2.2

Diskutieren Sie ausgehend vom Text zum Krieg in der Ukraine (M 2), inwiefern das Völkerrecht einen Beitrag zur weltweiten Konfliktbearbeitung leisten kann!

LB 13.4: Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler ...

- erarbeiten wesentliche Kennzeichen des Völkerrechts und begreifen **dessen Einfluss auf internationale Beziehungen, um Chancen und Hemmnisse internationaler Kooperation zu diskutieren.**
- vollziehen zentrale völkerrechtliche Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte und der Kriegsführung nach, um diese grafisch (z. B. in Form einer Infografik oder einer digitalen Pinnwand) zu präsentieren und **das Bemühen um international verbindliche Regelungen als eine Konfliktlösungsstrategie zu reflektieren.**

Inhalte zu den Kompetenzen:

- **Kennzeichen des Völkerrechts: souveräne Staaten als Rechtssubjekte, Gewohnheitsrecht, sogenanntes Weiches Recht und Kodifizierung in internationalen Verträgen, eingeschränkte Sanktionierbarkeit**

Über die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) hinaus wird mit dem Operator „diskutieren“ die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) angesprochen. Die entsprechende Kompetenzerwartung aus dem Lehrplan wird in einem leicht veränderten Zusammenhang verwendet. Für eine positive Bewertung ist es notwendig, dass sowohl einschränkende als auch stützende Aspekte mit einer individuellen Schwerpunktsetzung diskutiert werden und in ein abschließendes Fazit münden.

Diskussion des Beitrags des Völkerrechts zur weltweiten Konfliktbearbeitung ausgehend von M 2:

Aspekte, die dessen Beitrag stützen, z. B.:

- Stärkung einer gemeinsamen Rechtsüberzeugung durch gemeinsame Verantwortung für das Völkerrecht (vgl. M 2);
- Bindung staatlicher Akteure an Regeln und Prinzipien des gemeinschaftlichen, friedlichen Miteinanders als Wertebasis, z. B. durch das Gewaltverbot (vgl. M 2);
- mediale und öffentliche Sichtbarmachung und Aufarbeitung von Völkerrechtsverstößen, insbesondere in Gerichtsprozessen (vgl. M 2);
- Gleichheit aller Staaten als souveräne Völkerrechtssubjekte und grundsätzlich gleichberechtigte Akteure der internationalen Politik;
- Legitimation des Rechts der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung bei Bruch des Gewaltverbots;
- Potential zur Weiterentwicklung des Völkerrechts und der Durchsetzung durch internationale Justiz.

Aspekte, die dessen Beitrag relativieren, z. B.:

- Missbrauch bzw. Umdeutung bestimmter Rechtsprinzipien, z. B. des Selbstbestimmungsrechts der Völker (vgl. M 2);

- Abhängigkeit der Durchsetzung der Rechtsordnung vom Respekt vor dem Recht (vgl. M 2)
- eingeschränkte Sanktionierbarkeit von Völkerrechtsbrüchen:
 - fehlende Zuständigkeit und Wirksamkeit des Völkerrechts, etwa bei Gewalt durch transnationale oder private Organisationen sowie Abhängigkeit der Rechtsprechung von Mitgliedschaft,
 - Bezug der universalen Gerichtsbarkeit nach Völkergewohnheitsrecht nur auf wenige Verbrechenstatbestände, z. B. Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
- Abhängigkeit von der Positionierung der Mehrheit der Staatengemeinschaft im konkreten Konfliktfall;
- erfolgreiche Konfliktlösung auch durch andere Akteure und Strategien, z. B. Nationalstaaten als Vermittler, Friedensverhandlung auf Basis der Zivilgesellschaft.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass das Völkerrecht die rechtliche Grundlage einer weltweiten Konfliktbearbeitung darstellt, es aber weitere, etwa politische und gesellschaftliche, Dimensionen gibt, die bei der möglichen Lösung von Konflikten eine Rolle spielen.

Prüfungsteil B
Ausweitung zum Halbjahr 12/1

Nehmen Sie ausgehend vom Format „Zeitenwende on tour“ kritisch Stellung zur Bedeutung der Politikvermittlung vor dem Hintergrund der Motive und Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik!

LB 12.1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen

Die Schülerinnen und Schüler...

- **untersuchen (z. B. ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext) an einem aktuellen Beispiel Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, um wesentliche Motive und Einflussfaktoren zu begreifen** und deren Beitrag zu Frieden und Sicherheit ggf. in Form eines Leserbriefs oder Forumsbeitrags zu beurteilen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- **Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. historische Verantwortung, geostrategische Lage, Einbindung in internationale Organisationen, Wertvorstellungen des Grundgesetzes, wirtschaftliche Interessen, öffentliche Meinung**

Der Operator „Stellung nehmen“ verdeutlicht die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung), die individuelle Schwerpunktsetzungen vorsieht. Mit der Formulierung „ausgehend von“ wird verdeutlicht, dass das Format „Zeitenwende on tour“ ein konkretes Beispiel darstellt, von dem aus die Lernenden weitere und darüber hinausweisende Überlegungen anführen sollten. Den fachwissenschaftlichen Hintergrund bilden die Motive und Einflussfaktoren der bundesdeutschen Außenpolitik. In diesen neuen Zusammenhängen gelangen sie zu einem begründeten und reflektierten eigenen Urteil in Bezug auf Bedeutung der Politikvermittlung im Kontext bundesdeutscher Außenpolitik. Für eine positive Bewertung ist die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend.

Kritische Stellungnahme zur Bedeutung der Politikvermittlung ausgehend von wesentlichen Motiven und Einflussfaktoren der bundesdeutschen Außenpolitik, z. B.:

- **einerseits** Möglichkeit der Information und Aufklärung der Bevölkerung in einer Demokratie durch Politikvermittlung, z. B. zur Förderung der gesellschaftlichen Debatte mit unterschiedlichen Positionen;
- Beeinflussung der durch Medien geprägten öffentlichen Meinung in Deutschland und der Welt durch ein niedrighwelliges, faktenbasiertes und interaktives Angebot für ein breites Publikum;
- Diskussion über Gestaltungsspielräume in der bundesdeutschen Außenpolitik, etwa im Rahmen der Vorgaben des Grundgesetzes;
- Unterstreichung der besonderen Verantwortung angesichts der deutschen Vergangenheit durch Vorträge von Expertinnen und Experten;
- Förderung des Verständnisses für Positionen der Nachbarländer bzw. Bündnispartner.

- **andererseits** geringer Einfluss der Öffentlichkeit auf Konflikte und Machtverteilung im internationalen System;
- grundsätzliche Notwendigkeit der Berücksichtigung wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern, etwa auch im Hinblick auf die Sicherung von Ressourcen;
- prinzipielle Verpflichtung durch Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, z. B. NATO, UNO oder EU;
- geringe Beeinflussbarkeit der außenpolitischen Agenda der Nachbarländer bzw. Bündnispartner;
- Begrenztheit finanzieller und materieller Ressourcen bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik;
- punktuelle Verbreitung mit begrenzter Reichweite.

Ausgehend von den Einflussfaktoren und Motiven der bundesdeutschen Außenpolitik gelangen die Schülerinnen und Schüler zu einer differenzierten Stellungnahme, die individuelle Schwerpunktsetzungen vornimmt. Dabei muss das Format „Zeitenwende on tour“ als Beispiel für Politikvermittlung angemessen berücksichtigt werden.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 12/2

Beurteilen Sie anhand des Verfassungsschemas der Slowenischen Republik die Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung!

LB 12.3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen

Die Schülerinnen und Schüler...

- analysieren anhand von Schaubildern parlamentarische und präsidentielle Systeme und untersuchen die jeweilige Ausprägung der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung, um Unterschiede zu identifizieren und grundlegende Gemeinsamkeiten demokratischer Modelle zu erfassen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Kennzeichen parlamentarischer und präsidentieller Demokratien, u. a. Legitimationskette, Abhängigkeit von Parlament und Regierung

Mit dem Operator „beurteilen“ wird die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung) verdeutlicht, die in diesem Fall von den Schülerinnen und Schülern ein kriterienorientiertes und begründetes Urteil verlangt. Dabei wird durch die Formulierung „anhand des“ darauf hingewiesen, dass das vorliegende Verfassungsschema Grundlage der anzustellenden Überlegungen ist, da bei den Lernenden keine weiteren Kenntnisse vorausgesetzt werden können. Durch die Auswertung des Verfassungsschemas findet auch die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) Berücksichtigung. Weiterhin werden durch den inhaltlichen Schwerpunkt „Gewaltenteilung“ als Untersuchungsgegenstand die Ausführungen der Schülerinnen und Schüler fokussiert. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr ist die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend. Das grundlegende Anforderungsniveau wird hier im weniger komplexen, großteils parlamentarischen slowenischen Regierungssystem deutlich.

Beurteilen der Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung anhand des Verfassungsschemas Sloweniens, z. B.:

- grundsätzliches Vorhandensein der horizontalen Gewaltenteilung durch eigene Institutionen, z. B. Verfassungsgericht in der Judikative;
- Umsetzung der horizontalen Gewaltenteilung durch eigenständige Wahlen zur Staatsversammlung und zur Staatspräsidentin bzw. Staatspräsidenten;
- Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen als Ausdruck der gegenseitigen Kontrolle von Judikative und Legislative im Sinne der Gewaltenteilung;
- Gewaltenverschränkung durch:
 - Wahl der Richterinnen und Richter des Verfassungsgerichts durch die Staatsversammlung nach Vorschlag der Kandidatinnen und Kandidaten durch die Staatspräsidentin bzw. den Staatspräsidenten,
 - Beteiligung der Exekutive an der Gesetzgebung durch das Initiativrecht der Regierung,

- gegenseitige Abhängigkeit der Regierung und der Staatsversammlung durch Wahl, Misstrauensvotum und Vertrauensfrage;
- Elemente einer vertikalen Gewaltenteilung durch Gesetzesantrag und suspensives Vetorecht des Staatsrats mit Vertreterinnen und Vertretern der Regionen;
- temporale Gewaltenteilung durch Beschränkung der Amtszeiten, etwa auf 5 Jahre mit einmaliger Wiederwahl bei der Staatspräsidentin bzw. dem Staatspräsidenten.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Schluss, dass in Slowenien das Prinzip der Gewaltenteilung auf vielfältige Art und Weise umgesetzt wird.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 13/1

Beurteilen Sie vor dem Hintergrund einer Analyse, inwiefern die Karikatur für die digitale Pinnwand geeignet ist!

LB 13.1: Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- **identifizieren offene und verdeckte Hierarchien zwischen den Geschlechtern am Beispiel des Berufslebens**, um die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zum Abbau von Sexismus zu reflektieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Geschlechterrollen im Wandel: Hierarchien zwischen den Geschlechtern, Emanzipation
- Definition von Sexismus, **Beispiele aus der Arbeitswelt** und staatliche Gegenmaßnahmen, z. B. Quotenregelungen.

Die Aufgabe erfordert durch den Operator „beurteilen“ die Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Die Formulierung „ausgehend von einer Analyse“ weist darauf hin, dass das geforderte Urteil auf Grundlage der Analyse von M 1 gefällt werden muss, sodass die Anforderungsebene II (Reorganisation und Transfer) bedingt integriert wird. Damit wird in der Aufgabe auch die Sozialwissenschaftliche Methodenkompetenz überprüft. Die Schülerinnen und Schüler wägen differenziert Argumente ab, die für und gegen eine Eignung der Karikatur sprechen, und kommen so zu einem begründeten Urteil. Dabei müssen sie den situativen Rahmen, insbesondere die Darstellungsform („digitale Pinnwand“) und das Zielpublikum („Ihr Kurs“) berücksichtigen. Gattungsspezifische Besonderheiten der Karikatur können mit einbezogen werden. Für eine positive Bewertung ist keine vollständige Anführung aller denkbaren Aspekte notwendig, vielmehr ist die gedankliche Durchdringung und überzeugende argumentative Darstellung entscheidend.

Analyse der Karikatur:

- erhöhter Sessel als Symbol für beruflichen Aufstieg und Erlangen einer Führungsposition;
- Visualisierung der vermeintlich gleichen Zugangsvoraussetzungen durch gleich hohe Leitern;
- auf der linken Seite ein auf einer intakten Leiter leichtfüßig und ungestört hochkletternder Mann mit Aktentasche gegenüber einer auf der rechten beschädigten Leiter mühsam hochkletternden Frau mit Dokumentenmappe;
- Erschwernis des Aufstiegs der zurückblickenden Frau auf der brüchigen Leiter durch weinende Kinder und Haushaltsgegenstände als Zeichen für die ungleichen Chancen von Frauen bei der Erlangung von Führungspositionen durch Übernahme von Haushalt und Kindererziehung.

Beurteilung der Eignung der Karikatur für die digitale Pinnwand:

Die Eignung stützende Aspekte, z. B.:

- treffende Abbildung der tatsächlich häufigeren und umfangreicheren Übernahme von Care- und Hausarbeit durch Frauen;
- passende Veranschaulichung der Chancenungleichheit von Männern und Frauen bei der Erlangung von Führungspositionen;
- facettenreiche Illustration der vielfältigen Aspekte der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Bereich von Erziehung, Haushalt und Arbeitswelt.

Die Eignung einschränkende Aspekte, z. B.:

- fehlende Abbildung weiterer Aspekte der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt, wie häufigere Teilzeitbeschäftigung von Frauen, Gender-Pay-Gap und Sexismus, und der Entwicklung nach 2011;
- keine Darstellung die Gleichheit der Geschlechter fördernder politischer Maßnahmen, wie Quotenregelungen;
- nur bedingte Berücksichtigung vorhandener gesellschaftlicher Bestrebungen zur Veränderung klassischer Geschlechterrollen.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Ergebnis, dass die Karikatur durchaus geeignet ist, um vorhandene soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt auf der digitalen Pinnwand abzubilden. Dabei berücksichtigen sie den vorgegebenen situativen Rahmen in angemessener Art und Weise.

Prüfungsteil B

Ausweitung zum Halbjahr 13/2

Verfassen Sie mit Hilfe des Auszugs aus dem Zeitungsartikel einen Vortragstext, in dem Sie ausgehend von den Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshof die Bedeutung seiner Tätigkeit beurteilen!

LB 13.4 Internationale Konfliktbearbeitung vor dem Hintergrund des Völkerrechts reflektieren

Die Schülerinnen und Schüler...

- untersuchen den Internationalen Strafgerichtshof als Beispiel einer völkerrechtlichen Institution, um die Bedeutung seiner Rechtsetzung vor dem Hintergrund nationaler Souveränität zu beurteilen und dessen Einsatz für Menschenrechte wertzuschätzen.

Inhalte zu den Kompetenzen

- Aufbau und Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs und der Einfluss seiner Rechtsetzung

Die Operatoren „verfassen“ und „beurteilen“ erfordern in Kombination Anforderungsebene III (Reflexion und Problemlösung). Verlangt wird angesichts der Situierung die Verschriftlichung einer mündlichen Darstellungsform im Sinne eines Skripts für den Vortragstext. Mit der Formulierung „Vortragstext“ erfolgt gezielt eine deutliche Abgrenzung von der im Fach Deutsch verorteten stilistisch und sprachlich anspruchsvollen Schreibform Rede. Die stimmige Verwendung einiger Merkmale eines Vortragstext soll bei der Bewertung entsprechend berücksichtigt werden. Inhaltlich müssen die Schülerinnen und Schüler zum einen die Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshof anführen, zum anderen ein begründetes Sachurteil fällen. Grundlage der Ausführungen bildet dabei das Material M 1, so dass sich der Inhalt des Vortragstextes konkret auf das Beispiel der Philippinen bezieht. Eine eigenständige Analyse des Textes M 1 wird von der Aufgabe nicht verlangt.

Verfassen eines Vortragstextes mit Hilfe des Auszugs aus dem Zeitungstext mit Beurteilung der Bedeutung der Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs ausgehend von seinen Zuständigkeiten, z. B.:

- Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen unter Präsident Duterte während seiner Zugehörigkeit zum Internationalen Strafgerichtshof trotz nachträglichen Austritts der Philippinen aus dem Internationalen Strafgerichtshof (vgl. Text);
- Stärkung und Unterstützung der Position und Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und Opferverbänden durch strafrechtliche Verfolgung und Konsequenzen (vgl. Text);
- starkes Signal für die Verurteilung von schweren internationalen Verbrechen, wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf den Philippinen, durch die internationale Gemeinschaft (vgl. Text);
- Verfolgung internationaler Verbrechen, wie dem Verüben eines Angriffskrieges, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen, in den den Internationalen Strafgerichtshof unterstützenden Staaten;
- Subsidiarität im Hinblick auf nationale Strafverfolgungsbehörden und Tätigwerden nur auf Antrag eines Vertragsstaates oder des UN-Sicherheitsrats;
- zentrale Bedeutung für Verhütung, Ermittlung und gerichtliche Verfolgung schwerer internationaler Verbrechen auch mit zeitlichem Abstand zu den Straftaten;

- Einschränkung der Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs durch fehlende Kooperation einiger Staaten, wie etwa USA oder Russland;
- rein justizielles Instrument ohne Mandat zur unmittelbaren Beendigung der Verbrechen.

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu dem Urteil, dass der Internationale Strafgerichtshof trotz der Einschränkung seiner Handlungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten eine bedeutende völkerrechtliche Institution zum Schutz der Menschenrechte ist. Bei der Erstellung ihres Textes berücksichtigen sie den situativen Rahmen in angemessener Art und Weise.